

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT  
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT**

D. 91 — 671

**10. OKTOBER 1990.** — Erlaß der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft zur Festlegung der Gewährungsbedingungen, der Höhe und der Zahlungsmodalitäten der Beihilfen und Lohnergänzungen, die zugunsten Behinderter vorgesehen sind, die eine berufliche Ausbildung, Rehabilitation oder Umschulung erhalten

Die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft, insbesondere des Artikels 4, § 2, abgeändert durch die Gesetze vom 6. Juli und 18. Juli 1990;

Aufgrund des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 3. Dezember 1986 zur Übertragung von Entscheidungsbefugnissen an die Gemeinschaftsminister, insbesondere des Artikels 1, § 1;

Aufgrund des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 30. August 1986 zur Verteilung der Zuständigkeiten unter die Gemeinschaftsminister, insbesondere des Artikels 5, § 1, Ziffer 4;

Aufgrund des Gesetzes vom 18. April 1963 über die soziale Wiedereingliederung der Behinderten, insbesondere des Artikels 3, Ziffer 8;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 5. Juli 1963 über die soziale Wiedereingliederung der behinderten, insbesondere des Artikels 75, Absatz 2;

Aufgrund des Ministeriellen Erlasses vom 19. Februar 1965 zur Festlegung der Gewährungsbedingungen, der Höhe und der Zahlungsmodalitäten der Beihilfen und Lohnergänzungen, die zugunsten Behinderter vorgesehen sind, die sich einer beruflichen Ausbildung, Rehabilitation oder Umschulung unterziehen, abgeändert durch den Ministeriellen Erlaß vom 3. Februar 1977;

Aufgrund des Gutachtens des Verwaltungsrates des Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung der Behinderten;

Aufgrund der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, insbesondere des Artikels 3, § 1, abgeändert durch das ordentliche Gesetz vom 8. April 1980 zur Reform der Institutionen;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In der Erwägung, daß es unbedingt erforderlich ist, unverzüglich die notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit die Gewährung der Beihilfen und Lohnergänzungen zugunsten Behinderter, die an einer beruflichen Ausbildung oder Rehabilitation teilnehmen, in Übereinstimmung mit den Vorteilen gebracht werden, die die Deutschsprachige Gemeinschaft Personen gewährt, die eine berufliche Ausbildung erhalten;

Auf Vorschlag des Gemeinschaftsministers für Soziales und nach Beratung der Exekutive vom 10. Oktober 1990,

Beschließt:

**Artikel 1.** Die in Artikel 75 des Königlichen Erlasses vom 5. Juni 1963 über die soziale Wiedereingliederung der Behinderten vorgesehenen Beihilfen und Lohnergänzungen werden gemäß den Bestimmungen des vorliegenden Erlasses gewährt, berechnet und ausgezahlt.

**Art. 2.** Es können Beihilfen und Lohnergänzungen beziehen, Behinderte, die mindestens achtzehn Jahre alt sind und die sich in Ausführung ihres gemäß Artikel 34 des vorerwähnten Königlichen Erlasses vom 5. Juli 1963 vom Nationalfonds für die soziale Wiedereingliederung der Behinderten festgelegten Prozesses der Rehabilitation und sozialen Wiedereingliederung einer in Artikel 56, § 2, Ziffer 1, 3 und 5, desselben Erlasses erwähnten beruflichen Ausbildung, Rehabilitation oder Umschulung unterziehen.

**Art. 3.** Die Beihilfen und Lohnergänzungen werden berechnet auf der Grundlage:

1° einer die Entlohnung ersetzenden Entschädigung;

2° einer zusätzlichen Prämie in bar;

3° eines Naturalbezugs, der aufgrund des erfolgreichen Abschlusses der beruflichen Ausbildung, Rehabilitation oder Umschulung gewährt wird.

**Art. 4.** Die die Entlohnung ersetzende Entschädigung, die in Artikel 3, Ziffer 1, erwähnt ist, wird auf der Grundlage des durchschnittlichen monatlichen Mindesteinkommen festgelegt, so wie es durch das im Nationalen Arbeitsrat beschlossene kollektive Arbeitsabkommen Nr. 43 vom 2. Mai 1988 garantiert wird.

Der monatliche Grundbetrag der die Entlohnung ersetzenden Entschädigung entspricht dem Arbeitslosengeld, das der Behinderte als Familienvorstand während des ersten Jahres der Arbeitslosigkeit bezogen hätte, wenn er gemäß den Vorschriften in Sachen Arbeitslosigkeit eine ausreichende Anzahl Tage für das vorerwähnte durchschnittliche monatliche Mindesteinkommen gearbeitet hätte, um Arbeitslosengeld beziehen zu können.

**Art. 5.** Die die Entlohnung ersetzenden Grundentschädigung entspricht pro Stunde dem in Absatz 2 des Artikels 4 erwähnten, monatlichen Grundbetrag mal 3, geteilt durch 13 mal 38.

Der wöchentliche Betrag der die Entlohnung ersetzenden Entschädigung entspricht dem im vorangehenden Absatz erwähnten Betrag pro Stunde, multipliziert durch die Anzahl tatsächlich besuchter Berufsausbildungsstunden, plus gegebenenfalls die Anzahl Abwesenheitsstunden, die aufgrund der Vorschriften über die Arbeit zur normalen Auszahlung der Entschädigung führen.

In Abweichung von den Bestimmungen der Absätze 1 und 2 wird für einen Behinderten, der von der in Artikel 56, § 2, Ziffer 1, des vorerwähnten Königlichen Erlasses vom 5. Juli 1963 vorgesehenen Gleichstellung betroffen ist, die Anzahl Stunden pauschal auf fünfunddreißig Stunden pro Woche festgelegt, wenn der besuchte Tagesunterricht einem vollständigen Lehrprogramm des Vollzeitunterrichts entspricht.

**Art. 6.** Der Betrag der die Entlohnung ersetzenden Entschädigung, der dem Behinderten tatsächlich gewährt wird, entspricht dem gemäß den Artikeln 3 und 5 festgelegtem Grundbetrag, von dem gegebenenfalls abgezogen werden:

1° der gemäß den Bestimmungen des Artikels 7 festgelegte Betrag der Unterstützungen, die dem Behinderten aufgrund von Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen gewährt werden;

2° der Betrag der Bar- oder Naturalleistung der Entschädigungen, die der Behinderte aufgrund des Vertrages bezieht, im Rahmen dessen er seine berufliche Ausbildung, Rehabilitation oder Umschulung absolviert.

**Art. 7. § 1.** Die in Artikel 6, Ziffer erwähnten Unterstützungen, die aufgrund von Gesetzes- und Verordnungsbestimmungen gewährt werden, bestehen in:

1. Alters-, Ruhestands-, Dienstalters-, und Invalidenpensionen sowie allen Vorteilen, die diese Pensionen ersetzen oder ergänzen, die gewährt werden:

a) durch oder aufgrund eines belgischen oder ausländischen Gesetzes;

b) oder von einer öffentlichen Behörde oder einer gemeinnützigen Einrichtung;

2. Entschädigungen, Beihilfen und Leibrenten, die Opfern von Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten gewährt werden in Anwendung der Gesetzgebung über Schadensersatzleistungen bei Berufskrankheiten und über die Vorbeugung von Berufskrankheiten.

3. Entschädigungen, die einem Behinderten, der Opfer eines Unfalls ist, in Anwendung der Artikel 1382 und folgende des Zivilgesetzbuches oder jeder anderen ausländischen Gesetzgebung gewährt werden;

4. Entschädigungen wegen Arbeitsunfähigkeit, die in Anwendung der Gesetzgebung über die Kranken- und Invalidenpflichtversicherung gewährt werden;

5. Arbeitslosengeld, das in Anwendung der Vorschriften bezüglich der Beschäftigung und der Arbeitslosigkeit gewährt wird;

6. Beihilfen zur Ersetzung des Einkommens, die in Anwendung des Gesetzes vom 27. Februar 1987 über die Behindertenbeihilfen gewährt werden, oder gewöhnliche oder besondere Beihilfen, die in Anwendung des Gesetzes vom 27. Juni 1969 über die Gewährung von Behindertenbeihilfen gewährt werden.

Wenn eine der im vorangehenden Absatz erwähnten Unterstützungen in Form eines Kapitals oder eines Ablösungswertes ausgezahlt wird, sind die Bestimmungen des Artikels 30 des Königlichen Erlasses vom 6. Juli 1987 zur Ausführung des Gesetzes vom 27. Februar 1987 über die Behindertenbeihilfen anwendbar.

§ 2. In keinem Fall wird der Teil der aufgrund von Gesetzes- oder Verordnungsbestimmungen gewährten Unterstützungen berücksichtigt, der als Kinderzulagen, als Eingliederungsbeihilfe in Anwendung des vorerwähnten Gesetzes vom 27. Februar 1987 oder als Beihilfe aufgrund der Unterstützung durch eine Drittperson in Anwendung der Gesetzes vom 6. April 1973 zur Verbesserung der Gesetzgebung über die Gewährung von Behindertenbeihilfen gewährt wird.

**Art. 8.** Die in Artikel 6, Ziffer 2, erwähnten Naturalbezüge werden gemäß den Pauschalen veranschlagt, die durch die Gesetzgebung über die Sozialversicherung der Arbeitnehmer vorgesehen sind.

**Art. 9.** Im Hinblick auf ihren Abzug werden die gemäß den Bestimmungen der Artikel 6 bis 8 festgelegten Beträge der aufgrund von Gesetzes- oder Verordnungsbestimmungen gewährten Unterstützungen, der Bar- oder Naturalleistungen und der Entschädigungen auf einen monatlichen Satz gebracht.

Der Abzug wird vorgenommen, indem der gemäß dem vorangehenden Absatz ermittelte monatliche Satz von dem gemäß Artikel 4 festgelegten monatlichen Grundbetrag der die Entlohnung ersetzenden Entschädigung abgezogen wird.

**Art. 10.** Die Zusatzprämie in bar und der Naturbezug, die in Artikel 3, Ziffern 2 und 3, erwähnt werden, und ihre Gewährungsbedingungen sind dieselben als die Zusatzprämie und der Naturbezug samt Gewährungsbedingungen, die in den Artikeln 24, Ziffern 1 und 26, des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 12. Juni 1985 über die Bewilligung gewisser Vorteile an Personen, die eine Berufsausbildung und -umschulung erhalten, vorgesehen sind.

**Art. 11.** Die in Artikel 3, Ziffern 1 und 2, erwähnten Beihilfen und Lohnergänzungen sind in regelmäßigen Abständen auszuzahlen, deren Dauer einen Monat nicht überschreiten darf.

**Art. 12.** Die Auszahlung der Beihilfen und Lohnergänzungen erfolgt durch Einzahlung auf ein Bankkonto oder ein beim Postscheckamt eröffnetes Konto oder durch Postscheckanweisung, wenn sie direkt vom Nationalfonds vorgenommen wird. Sie erfolgt durch Einzahlung auf ein Bankkonto, ein beim Postscheckamt eröffnetes Konto, durch Postscheckanweisung oder in bar, wenn sie gemäß Artikel 77, Absatz 2, der vorerwähnten Königlichen Erlasses vom 5. Juli 1963 über ein Zentrum vorgenommen wird.

**Art. 13.** Der Ministerielle Erlaß vom 19. Februar 1985 zur Festlegung der Gewährungsbedingungen, der Höhe und der Zahlungsmodalitäten der Beihilfen und Lohnergänzungen, die zugunsten Behinderter vorgesehen sind, die sich einer beruflichen Ausbildung, Rehabilitation oder Umschulung unterziehen, ist, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft, aufgehoben.

**Art. 14.** Vorliegender Erlaß tritt am ersten Tag des zweiten Monats, der dem Monat folgt, im Laufe dessen er im *Belgischen Staatsblatt* veröffentlicht wird, in Kraft.

Die Bestimmungen des vorliegenden Erlasses sind jedoch nicht auf Berufsausbildungsverträge anwendbar, die vor dem Datum seines Inkrafttretens abgeschlossen worden sind.

**Art. 15.** Der für Behindertenpolitik zuständige Gemeinschaftsminister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 10. Oktober 1990.

Für die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Vorsitzende,

J. MARAITE

Der Gemeinschaftsminister für Jugend, Sport, Erwachsenenbildung und Soziales,

M. GROSCH

## TRADUCTION

## COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 91 — 871

**10 OCTOBRE 1990. — Arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone fixant les conditions d'octroi, le montant et les modalités de paiement des allocations et compléments de rémunération prévus en faveur des handicapés recevant une formation, réadaptation ou rééducation professionnelle**

L'Exécutif de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1963 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone, notamment l'article 1er, § 2, modifiée par les lois des 6 juillet et 18 juillet 1990;

Vu l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 3 décembre 1986 relatif au transfert des pouvoirs de décisions aux Ministres communautaires, notamment l'article 1er, § 1er;

Vu l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 30 août 1989 fixant la répartition des compétences entre les Ministres communautaires, notamment l'article 5, § 1er, 4<sup>o</sup>;

Vu la loi du 16 avril 1963 relative au reclassement social des handicapés, notamment l'article 3, 8<sup>o</sup>;

Vu l'arrêté royal du 5 juillet 1963 concernant le reclassement social des handicapés, notamment l'article 75, second alinéa;

Vu l'arrêté ministériel du 19 février 1965 fixant les conditions d'octroi, le montant et les modalités de paiement des allocations et compléments de rémunération prévus en faveur des handicapés soumis à une formation, réadaptation ou rééducation professionnelle; modifié par arrêté ministériel du 3 février 1977;

Vu l'avis du Conseil de gestion du Fonds national de reclassement social des handicapés;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1er, modifié par la loi ordinaire du 9 avril 1980 de réformes institutionnelles;

Vu l'urgence;

Considérant qu'il est impératif de prendre sans délai les mesures nécessaires afin de mettre en concordance l'octroi d'allocations et de compléments de rémunération aux personnes handicapées en formation ou réadaptation professionnelle avec les avantages octroyés par la Communauté germanophone aux personnes recevant une formation professionnelle;

Sur la proposition du Ministre communautaire des Affaires sociales, et après délibération de l'Exécutif en date du 10 octobre 1990,

Arrête :

**Article 1er.** Les allocations et compléments de rémunération prévus à l'article 75 de l'arrêté royal du 5 juillet 1963 concernant le reclassement social des handicapés sont octroyés, calculés et payés suivant les dispositions du présent arrêté.

**Art. 2.** Peuvent bénéficier des allocations et compléments de rémunération, les handicapés qui sont âgés d'au moins dix-huit ans et qui, en exécution de leur processus de réadaptation et de reclassement social arrêté par le Fonds national de reclassement social des handicapés conformément à l'article 34 de l'arrêté royal du 5 juillet 1963 précité, sont soumis à une formation, réadaptation ou rééducation professionnelle visée à l'article 56, § 2, 1<sup>o</sup>, 3<sup>o</sup> et 5<sup>o</sup>, du même arrêté.

**Art. 3.** Les allocations et compléments de rémunération sont calculés sur la base :

1<sup>o</sup> d'une indemnité tenant lieu de rémunération;

2<sup>o</sup> d'une prime complémentaire en espèces;

3<sup>o</sup> d'un avantage en nature attribué en raison de la réussite de la formation, réadaptation ou rééducation professionnelle.

**Art. 4.** L'indemnité tenant lieu de rémunération visée à l'article 3, 1<sup>o</sup>, est établie sur base de revenu minimum mensuel moyen tel que garanti par la convention collective de travail n<sup>o</sup> 43 du 2 mai 1968, conclue au sein du Conseil national du travail.

Le montant mensuel de base de l'indemnité tenant lieu de rémunération est égal à l'allocation de chômage que la personne handicapée aurait perçue en tant que chef de ménage au cours de la première année de chômage si elle avait travaillé, conformément à la réglementation en matière de chômage, un nombre suffisant de jours au taux du revenu minimum mensuel moyen précité pour pouvoir bénéficier des allocations de chômage.

**Art. 5.** L'indemnité horaire de base tenant lieu de rémunération est égale à trois fois le montant mensuel de base visé au second alinéa de l'article 4, divisé par 13 x 38.

Le montant hebdomadaire de l'indemnité tenant lieu de rémunération est égal au montant horaire visé à l'alinéa précédent, multiplié par le nombre d'heures de formation professionnelle effectivement suivies, augmenté, le cas échéant, du nombre d'heures d'absence donnant lieu au paiement normal de l'indemnité en vertu de la réglementation du travail.

Par dérogation aux dispositions des alinéas 1er et 2, l'horaire forfaitaire est fixé à trente-cinq heures par semaine pour le handicapé bénéficiaire de l'assimilation prévue à l'article 56, § 2, 1<sup>o</sup>, de l'arrêté royal du 5 juillet 1963 précité, lorsque l'enseignement qu'il suit pendant le jour correspond à un programme d'études complet et de plein exercice.

**Art. 6.** Le montant de l'indemnité tenant lieu de rémunération effectivement octroyée au handicapé est égal au montant de base établi conformément aux articles 3 à 5 diminué le cas échéant :

1<sup>o</sup> du montant des interventions légales et réglementaires allouées au handicapé, établi conformément aux dispositions de l'article 7;

2° du montant des avantages en espèces ou en nature et des indemnités dont bénéficie le handicapé en vertu du contrat dans les liens duquel il effectue sa formation, réadaptation ou rééducation professionnelle.

**Art. 7. § 1er.** Les interventions légales et réglementaires dont question à l'article 6, 1°, sont :

1. Les pensions de vieillesse, de retraite, d'ancienneté et d'invalidité, ainsi que tous avantages en tenant lieu ou leur étant complémentaires accordés :

- a) soit par ou en vertu d'une loi belge ou étrangère;
- b) soit par un pouvoir public ou par un organisme d'intérêt public;

2. Les indemnités, allocations et rentes viagères octroyées aux victimes d'accidents du travail ou de maladies professionnelles, en application de la législation relative à la réparation des dommages résultant des accidents du travail ou en application de la législation relative à la réparation des dommages résultant des maladies professionnelles et à la prévention de celles-ci.

3. Les indemnités allouées au handicapé victime d'un accident, en application des articles 1382 et suivants du Code civil, ou en application de toute autre législation étrangère.

4. Les indemnités d'incapacité de travail octroyées en application de la législation relative à l'assurance obligatoire contre la maladie et l'invalidité.

5. Les allocations de chômage octroyées en application de la réglementation relative à l'emploi et au chômage.

6. Les allocations de remplacement de revenus octroyées en application de la loi du 27 février 1987 relative aux allocations aux handicapés, ou les allocations ordinaires ou spéciales octroyées en application de la loi du 27 juin 1989 relative à l'octroi d'allocations aux handicapés.

Lorsqu'une des interventions visées à l'alinéa précédent est liquidée sous forme de capital ou de valeur de rachat, les dispositions figurant à l'article 30 de l'arrêté royal du 6 juillet 1987 portant exécution de la loi du 27 février 1987 relative aux allocations aux handicapés seront appliquées.

§ 2. Il n'est en aucun cas tenu compte de la partie des interventions légales ou réglementaires qui est octroyée au titre d'allocations familiales, d'indemnité d'intégration en application de la loi du 27 février 1987 précitée, ou d'indemnité pour l'aide d'une tierce personne en application de la loi du 6 juillet 1973 portant amélioration de la législation relative à l'octroi d'allocations aux handicapés.

**Art. 8.** Les avantages en nature visés à l'article 6, 2°, sont évalués suivant les forfaits prévus par la législation concernant la sécurité sociales des travailleurs.

**Art. 9.** En vue de leur déduction, les montants des interventions légales et réglementaires, des avantages en espèces ou en nature et des indemnités, fixés conformément aux dispositions des articles 6 à 8, sont ramenés à un taux mensuel.

La déduction s'opère en soustrayant le montant du taux mensuel obtenu conformément à l'alinéa précédent du montant mensuel de base de l'indemnité tenant lieu de rémunération, déterminé conformément à l'article 4.

**Art. 10.** La prime complémentaire en espèce et l'avantage en nature, visés à l'article 3, 2° et 3°, et leurs conditions d'octroi sont les mêmes que ceux prévus aux articles 24, 1° et 2°, et 25, de l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 12 juin 1985 relatif à l'octroi de certains avantages aux personnes recevant une formation professionnelle.

**Art. 11.** Les allocations et les compléments de rémunération visés à l'article 3, 1° et 2°, sont payés à intervalles réguliers dont la durée ne peut excéder un mois.

**Art. 12.** Le paiement des allocations et compléments de rémunération s'effectue par versement à un compte en banque, à un compte ouvert à l'Office des chèques postaux, ou par assignation postale lorsque la liquidation s'opère directement par le Fonds national. Il s'effectue par versement à un compte en banque, à un compte ouvert à l'Office des chèques postaux, par assignation postale ou de la main à la main lorsque, conformément à l'article 77, alinéa 2, de l'arrêté royal du 5 juillet 1983 précité, la liquidation se fait à l'intervention d'un centre.

**Art. 13.** L'arrêté ministériel du 19 février 1985 fixant les conditions d'octroi, le montant et les modalités de paiement des allocations et compléments de rémunération prévus en faveur des handicapés soumis à une formation, réadaptation ou rééducation professionnelle, est abrogé en ce qui concerne la Communauté germanophone.

**Art. 14.** Le présent arrêté entre en vigueur le premier jour du deuxième mois qui suit celui au cours duquel il aura été publié au *Moniteur belge*.

Néanmoins, les dispositions du présent arrêté ne sont pas applicables aux contrats de formation professionnelle conclus avant la date de son entrée en vigueur.

**Art. 15.** Le Ministre communautaire ayant la politique des handicapés dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 10 octobre 1990.

Pour l'Exécutif de la Communauté germanophone :

Le Président de l'Exécutif,  
J. MARAITE

Le Ministre communautaire de la Jeunesse, du Sport, de la Formation des Adultes et des Affaires sociales,  
M. GROSCH

## VERTALING

## DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 91 — 871

**10 OKTOBER 1990.** — Besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap houdende vaststelling van de voorwaarden van toekenning, van het bedrag en van de modaliteiten voor betaling van de uitkeringen en het aanvullend loon waarin ten gunste van de gehandicapten is voorzien die een beroepsopleiding, omscholing of herscholing doormaken

De Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap, inzonderheid op artikel 4, § 2, gewijzigd bij de wetten van 6 juli en 18 juli 1990;

Gelet op het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 3 december 1986 houdende overdracht van beslissingsbevoegdheden aan de Gemeenschapsministers, inzonderheid op artikel 1, § 1;

Gelet op het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 30 augustus 1989 houdende verdeling van de bevoegdheden onder de Gemeenschapsministers, inzonderheid op artikel 5, § 1, 4°;

Gelet op de wet van 16 april 1963 betreffende de sociale reclassering van de minder-validen, inzonderheid op artikel 3, 8°;

Gelet op het koninklijk besluit van 5 juli 1963 betreffende de sociale reclassering van de minder-validen, inzonderheid op artikel 75, tweede lid;

Gelet op het ministerieel besluit van 19 februari 1965 houdende vaststelling van de voorwaarden van toekenning, van het bedrag en van de modaliteiten voor betaling van de uitkeringen en het aanvullend loon voorzien ten gunste van de minder-validen die een beroepsopleiding, omscholing en herscholing doormaken, gewijzigd bij het ministerieel besluit van 3 februari 1977;

Gelet op het advies van de Raad van beheer van het Rijksfonds voor sociale reclassering van de minder-validen;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, gewijzigd bij de gewone wet van 8 augustus 1980 tot hervorming der instellingen;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat het absoluut noodzakelijk is onverwijld de nodige maatregelen te nemen om de toekenning van de uitkeringen en van het aanvullend loon ten gunste van de gehandicapten die aan een beroepsopleiding of revalidatie deelnemen in overeenstemming te brengen met de voordelen die de Duitstalige Gemeenschap verleent aan de personen die een beroepsopleiding ontvangen;

Op voordracht van de Minister van Sociale Aangelegenheden en na beraadslaging van de Executieve op 10 oktober 1990,

Besluit :

**Artikel 1.** De uitkeringen en het aanvullend loon bedoeld bij artikel 75 van het koninklijk besluit van 5 juli 1963 betreffende de sociale reclassering van de minder-validen worden toegekend, berekend en uitgekeerd volgens de bepalingen van dit besluit.

**Art. 2.** Kunnen uitkeringen en aanvullend loon genieten de minder-validen die ten minste 18 jaar oud zijn en die, ter uitvoering van hun omscholing- en sociale reclasseringsproces vastgesteld door het Rijksfonds voor sociale reclassering van de minder-validen overeenkomstig artikel 34 van het voornoemd koninklijk besluit van 5 juli 1963, een beroepsopleiding, omscholing of herscholing bedoeld bij artikel 56, § 2, 1°, 3° en 5° van hetzelfde besluit doormaken.

**Art. 3.** De uitkeringen en het aanvullend loon worden berekend op basis :

1° van een vergoeding ter vervanging van het loon;

2° van een bijkomende premie in geld;

3° van een voordeel in natura dat verleend wordt, wanneer de beroepsopleiding, omscholing of herscholing met succes is afgesloten.

**Art. 4.** De vergoeding ter vervanging van het loon, bedoeld bij artikel 3, 1°, wordt bepaald op basis van het gemiddeld maandelijks minimumloon zoals het gewaarborgd wordt door de collectieve arbeidsovereenkomst nr. 43 van 2 mei 1986 gesloten in de Nationale Arbeidsraad.

Het maandelijks basisbedrag van de vergoeding ter vervanging van het loon stemt overeen met de werkloosheidsuitkering die de gehandicapte als gezinshoofd zou hebben genoten tijdens het eerste jaar van werkloosheid, indien hij overeenkomstig de reglementering inzake werkloosheid tijdens een voldoende aantal dagen voor het bovenvermeld gemiddeld maandelijks minimumloon zou hebben gewerkt om de werkloosheidsuitkering te kunnen genieten.

**Art. 5.** Het bedrag per uur van de basisvergoeding ter vervanging van het loon stemt overeen met het drievoud van het in artikel 4, lid 2, bedoeld maandelijks basisbedrag, gedeeld door dertien maal 38.

Het wekelijks bedrag van de vergoeding ter vervanging van het loon stemt overeen met het in vorig lid bedoeld bedrag per uur, vermenigvuldigd met het aantal uren beroepsopleiding dat werkelijk gevolgd werd, plus eventueel het aantal afwezigheidsuren die krachtens de reglementering van de arbeid tot de normale uitbetaling van de uitkering aanleiding geven.

In afwijking van de bepalingen van lid 1 en 2, wordt voor de gehandicapte, die de gelijkstelling bedoeld bij artikel 56, § 2, 1°, van het voornoemd koninklijk besluit van 5 juli 1963 geniet, het forfaitair aantal uren vastgesteld op vijftientig per week wanneer het onderwijs dat hij gedurende de dag volgt met een volledig studieprogramma en leerplan overeenstemt.

**Art. 6.** Het aan de gehandicapte werkelijk toegekend bedrag van de vergoeding ter vervanging van het loon stemt overeen met het basisbedrag vastgesteld overeenkomstig de artikelen 3 en 5, in voorkomend geval verminderd met :

1° het bedrag van de aan de gehandicapte verleende wettelijke en reglementaire tegemoetkomingen, vastgesteld overeenkomstig de bepalingen van artikel 7;

2° het bedrag van de voordelen in geld of in natura en van de vergoedingen welke de gehandicapte geniet krachtens de overeenkomst volgens dewelke hij zijn beroepsopleiding, omscholing of herscholing volbrengt.

**Art. 7. § 1.** De wettelijke en reglementaire tegemoetkomingen bedoeld bij artikel 6, 1°, zijn :

1. De ouderdompensioenen, de rustpensioenen, de anciënniteitspensioenen, de invaliditeitspensioenen alsook alle andere als zodanig geldende of aanvullende voordelen, toegekend :

a) hetzij door of krachtens een Belgische of buitenlandse wet;

b) hetzij door een openbare macht of door een instelling van openbaar nut.

2. De vergoedingen, uitkeringen en lijfrenten aan de slachtoffers van arbeidsongevallen of van beroepsziekten toegekend in toepassing van de wetgeving, betreffende de schadeloosstelling voor en de voorkoming van beroepsziekten.

3. De vergoedingen aan een gehandicapte, slachtoffer van een ongeval, toegekend in toepassing van artikel 1382 en volgende van het Burgerlijk Wetboek of in toepassing van elke andere buitenlandse wetgeving.

4. De uitkeringen wegens arbeidsongeschiktheid toegekend in toepassing van de wetgeving betreffende de verplichte verzekering tegen ziekte en invaliditeit.

5. De werkloosheidsuitkeringen toegekend in toepassing van de reglementering betreffende de arbeidsvoorziening en werkloosheid.

6. De inkomensvervangende tegemoetkomingen, toegekend in toepassing van de wet van 27 februari 1987 betreffende de tegemoetkomingen aan gehandicapten, of de gewone of bijzondere tegemoetkomingen, toegekend in toepassing van de wet van 27 juni 1969 betreffende het toekennen van tegemoetkomingen aan de mindervaliden.

Wanneer één van de tegemoetkomingen bedoeld in vorig lid, als kapitaal of als aflossingsbedrag uitbetaald wordt, zijn de bepalingen van artikel 30 van het koninklijk besluit van 6 juli 1987 tot uitvoering van de wet van 27 februari betreffende de tegemoetkomingen aan gehandicapten toepasselijk.

§ 2. In geen enkel geval wordt er rekening gehouden met het gedeelte van de wettelijke of reglementaire tegemoetkomingen dat toegestaan wordt als kinderbijslag, als integratietegemoetkoming in toepassing van bovenvermelde wet van 27 februari 1987 of als vergoeding voor de hulp door een derde in toepassing van de wet van 6 juli 1973 tot verbetering van de wetgeving betreffende het toekennen van tegemoetkomingen aan mindervaliden.

**Art. 8.** De voordelen in natura bedoeld bij artikel 6, 2°, worden geraamd volgens de forfaits waarin de wetgeving over de sociale zekerheid van de werknemers voorziet.

**Art. 9.** Met het oog op hun aftrek worden de bedragen van de wettelijke en reglementaire tegemoetkomingen, van de voordelen in geld of in natura en van de vergoedingen, vastgesteld overeenkomstig de bepalingen van de artikelen 6 en 8, herleid tot een bedrag per maand.

De aftrek geschiedt door het overeenkomstig voorgaand lid bekomen bedrag per maand af te trekken van het overeenkomstig artikel 4 bepaald maandelijks basisbedrag van de inkomensvervangende tegemoetkoming.

**Art. 10.** De bijkomende premie in geld en de voordelen in natura bedoeld in artikel 3, 2° en 3°, en hun toekenningsvoorwaarden zijn dezelfde als degene bepaald in de artikelen 24, 1° en 2°, en 26, van het besluit van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap van 12 juni 1985 betreffende de toekenning van sommige voordelen aan de personen die een beroepsopleiding ontvangen.

**Art. 11.** De uitkeringen en het aanvullend loon bedoeld in artikel 3, 1° en 2, moeten bij regelmatige tussenpozen betaald worden, waarvan de duur één maand niet mag overschrijden.

**Art. 12.** De betaling van de uitkeringen en het aanvullend loon geschiedt door storting op een bankrekening of op een rekening geopend bij het Bestuur der Postcheques of per postassigatie, wanneer de vereffening rechtstreeks door het Rijksfonds wordt gedaan. Zij geschiedt door storting op een bankrekening of op een rekening geopend bij het Bestuur der Postcheques, per postassigatie of van hand tot hand, wanneer, overeenkomstig artikel 77, lid 2, van het bovenvermeld koninklijk besluit van 5 juli 1963, de vereffening door tussenkomst van een centrum wordt gedaan.

**Art. 13.** Het ministerieel besluit van 19 februari 1965 houdende vaststelling van de voorwaarden van toekenning, van het bedrag en van de modaliteiten voor betaling van de uitkeringen en het aanvullend loon voorzien ten gunste van de mindervaliden die een beroepsopleiding, omscholing en herscholing doormaken is opgeheven, wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

**Art. 14.** Dit besluit treedt in werking op de eerste dag van de tweede maand van zijn bekendmaking in het *Belgisch Staatsblad*.

De bepalingen van dit besluit zijn evenwel niet toepasselijk op beroepsopleidingsovereenkomsten die vóór de datum van inwerkingtreding van dit besluit zijn gesloten.

**Art. 15.** De Gemeenschapsminister bevoegd inzake gehandicaptenbeleid is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 10 oktober 1990.

Voor de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap :

De Voorzitter,  
J. MARAITE

De Gemeenschapsminister van Jeugd, Sport, Volwassenenvorming en Sociale Aangelegenheden,  
M. GROSCH